

BFW warnt: Eingefrorene Mieten führen zu mehr sozialer Kälte

Berlin, 14. Juni 2019. „Das Märchen, mit einem Mietendeckel mehr Zeit für den Wohnungsneubau zu gewinnen, glaubt niemand mehr. So wurde bereits vor vier Jahren die Einführung der Mietpreisbremse begründet. Stattdessen wurde der Wohnungsneubau vielfach weiter erschwert statt gefördert“, kritisierte BFW-Präsident Andreas Ibel heute in Berlin. Damit bezog sich Ibel auf Äußerungen des kommissarischen SPD-Chefs Thorsten Schäfer-Gümbel: Demnach fordert die SPD die Einführung eine bundesweiten Mietendeckels, der alle Mieten für fünf Jahre einfriert.

„Um den Wohnungsmarkt zu entspannen, brauchen wir mehr Neubau. Unsere mittelständischen Immobilienunternehmen können jedoch nur zusätzliche Wohnungen schaffen, wenn sie die Gewinne aus den bereits bestehenden Wohnungen reinvestieren können“, erklärte Ibel. „Wer Mieten einfriert, lässt auch den Wohnungsneubau erstarren. Auch die soziale Kälte nimmt zu, weil sich die Schere zwischen wohlhabenden und bedürftigen Mietern weiter öffnet, statt schließt!“

Der Grund: „Ein bundesweiter Mietendeckel ist ein unsoziales Instrument, da jene Mieter profitieren, die am wenigsten darauf angewiesen sind“, sagte Ibel und verwies auf eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung¹: Demnach wenden Haushalte mit höherem Einkommen in Ballungszentren im Mittel nur rund 17 % davon für die Bruttokaltmiete auf, während es bei den Haushalten an der Armutsgrenze 39,7 % sind. Über 60 % der Mieter in den 77 größten Städten Deutschlands bezahlen weniger als 30 % ihres Einkommens für die Miete und liegen somit unter der von der SPD geforderten Mietbelastungsquote. Im Mittel beträgt die Mietenbelastungsquote in diesen Regionen sogar nur 26,8 %. www.boeckler.de

„Es kann und darf nicht sein, dass der Wohnungsneubau einbricht, weil bundesweit Mieter mit höheren Einkommen und günstigen Mietverhältnissen unterstützt werden sollen. Die Zeche zahlen Mieter mit niedrigen Einkommen! Was wir stattdessen brauchen, ist eine gezielte Unterstützung der bedürftigen Haushalte durch ein erhöhtes Wohngeld und mehr sozialen Wohnungsbau. Nur so können wir beides sichern: Mehr bezahlbaren Neubau für alle Menschen und Unterstützung jener Mieter, die darauf angewiesen sind!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Woh-

¹ Studie „Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung

nungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in Deutschland. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

BFW warnt: Eingefrorene Mieten führen zu mehr sozialer Kälte

Berlin, 14. Juni 2019. „Das Märchen, mit einem Mietendeckel mehr Zeit für den Wohnungsneubau zu gewinnen, glaubt niemand mehr. So wurde bereits vor vier Jahren die Einführung der Mietpreisbremse begründet. Stattdessen wurde der Wohnungsneubau vielfach weiter erschwert statt gefördert“, kritisierte BFW-Präsident Andreas Ibel heute in Berlin. Damit bezog sich Ibel auf Äußerungen des kommissarischen SPD-Chefs Thorsten Schäfer-Gümbel: Demnach fordert die SPD die Einführung eine bundesweiten Mietendeckels, der alle Mieten für fünf Jahre einfriert.

„Um den Wohnungsmarkt zu entspannen, brauchen wir mehr Neubau. Unsere mittelständischen Immobilienunternehmen können jedoch nur zusätzliche Wohnungen schaffen, wenn sie die Gewinne aus den bereits bestehenden Wohnungen reinvestieren können“, erklärte Ibel. „Wer Mieten einfriert, lässt auch den Wohnungsneubau erstarren. Auch die soziale Kälte nimmt zu, weil sich die Schere zwischen wohlhabenden und bedürftigen Mietern weiter öffnet, statt schließt!“

Der Grund: „Ein bundesweiter Mietendeckel ist ein unsoziales Instrument, da jene Mieter profitieren, die am wenigsten darauf angewiesen sind“, sagte Ibel und verwies auf eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung¹: Demnach wenden Haushalte mit höherem Einkommen in Ballungszentren im Mittel nur rund 17 % davon für die Bruttokaltmiete auf, während es bei den Haushalten an der Armutsgrenze 39,7 % sind. Über 60 % der Mieter in den 77 größten Städten Deutschlands bezahlen weniger als 30 % ihres Einkommens für die Miete und liegen somit unter der von der SPD geforderten Mietbelastungsquote. Im Mittel beträgt die Mietenbelastungsquote in diesen Regionen sogar nur 26,8 %. www.boeckler.de

„Es kann und darf nicht sein, dass der Wohnungsneubau einbricht, weil bundesweit Mieter mit höheren Einkommen und günstigen Mietverhältnissen unterstützt werden sollen. Die Zeche zahlen Mieter mit niedrigen Einkommen! Was wir stattdessen brauchen, ist eine gezielte Unterstützung der bedürftigen Haushalte durch ein erhöhtes Wohngeld und mehr sozialen Wohnungsbau. Nur so können wir beides sichern: Mehr bezahlbaren Neubau für alle Menschen und Unterstützung jener Mieter, die darauf angewiesen sind!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Woh-

¹ Studie „Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung

nungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in Deutschland. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de